SUBVENTIONEN

„Zeit, dass sich was dreht“

Nirgendwo zeigen sich Aufschwung Ost und Abbau West so brutal wie an der einstigen innerdeutschen Grenze. Politiker fordern ein Ende der pauschalen Ostförderung.

Der traurige Blick des Bürgermeisters wandert über die „Neue Welt“. Die Dachschindeln des einst ersten Tanzsaals am Platze sind vom Winde verweht, die Fenster mit einer schwarzen Plane verhängt. Im Nieselregen zieht CSU-Mann Josef Daum die Schultern hoch und schlurft die Straße weiter hinab. Vorbei am geschlossenen Lebensmittelgeschäft und am zugesperrten „Weißen Lamm“. „Von 23 Kneipen sind nur noch 12 übrig“, sagt Daum. „Dabei waren wir doch mal so feierfreudig.“

Partystimmung will nicht mehr aufkommen im bayerischen Nordhalben. Die Fassaden des Orts verschwimmen im gleichen eintönigen Grau wie weiland die ganze DDR – hier investieren nicht einmal mehr die Hausbesitzer freiwillig. In der 2000-Seelen-Gemeinde am einstigen Zonenrand stehen 60 Häuser leer, die Straßen sind holprig wie früher zwischen Leipzig und Bitterfeld, die Kanalisation stammt noch aus dem Jahr 1907. Wer kann, der macht gleich rüber – in den Osten.

Knapp zwei Kilometer sind es nur bis in das Subventionsparadies, wo Unternehmern die Staatsmillionen geradezu aufgedrängt werden. 400 Arbeitsplätze sind schon abgewandert. Daum würde am liebsten seinen ganzen Ort über die Staatsgrenze hieven und zum Ossi werden: „Nordhalben sollte sich besser Thüringen anschließen.“

Der absolut ernstgemeinte Vorschlag des Bürgermeisters beschäftigt nicht nur die bayerische Staatskanzlei, er ist inzwischen selbst im fernen Berlin ein Thema – und beflügelt eine neue Debatte über Sinn und Unsinn der Ostsubventionen. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU), dessen heimische Mühle wie Nordhalben im Fränkischen liegt, will über den Aufbau Ost „neu nachdenken“. In Zukunft, so der Minister, dürfe es bei der Förderung nicht länger nach der Himmelsrichtung gehen, sondern nach Bedarf. Diese naheliegende Idee hatte schon die nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft, was ihr den starken Protest ihrer subventionsverwöhnten Ostkollegen einbrachte. Doch der designierte Stoiber-Nachfolger Günther Beckstein sprang ihr bei: „In den alten Bundesländern ist ein Nachholbedarf entstanden, der muss nun ausgeglichen werden.“

Ist es 17 Jahre nach dem Mauerfall Zeit für einen Aufbau West? 250 Milliarden Euro direkte Aufbauhilfe sind bislang in den Osten geflossen, weitere 156 Milliarden wurden im Solidarpakt II bis zum Jahr 2019 versprochen. Ein Umstand, den etwa der neue Hamburger SPD-Spitzenmann Michael Naumann nicht länger hinnehmen will: „Nichts ist in Beton gegossen. Schon gar nicht bis 2019.“ Die Transfers in den Osten, so der Genosse, könnten langfristig kein Tabu mehr bleiben.

Tatsächlich zeigt der Geldsegen nachhaltig Wirkung. Eine neue Prognos-Studie kommt zu dem Schluss, dass sich die ostdeutschen Spitzenstandorte „inzwischen in der gleichen Liga wie westdeutsche Top-Regionen“ bewegen.

Bezahlen müssen dafür teils ärmere Westregionen, die inzwischen aussehen wie die DDR ohne Trabi und die das enorme Fördergefälle zu den Ostkonkurrenten beklagen. Die Jungen Liberalen in Nordrhein-Westfalen verlangen bereits ein Ende des Soli-Zuschlags, und „Bild am Sonntag“ fordert: „Jetzt ist mal der Westen dran!“

Ob dies Nordhalben noch retten kann, ist freilich fraglich. Seit 1994 die Zonenrandförderung wegfiel und stattdessen der Osten subventioniert wird, geht es rasant bergab in der Grenzgemeinde. Die Arbeitslosigkeit stieg auf bayerische Rekordwerte, gut 500 Einwohner hat Nordhalben verloren, die Verschuldung liegt bei mehr als 6 Millionen Euro.

Metzger Heinz Lautenschläger hat eigentlich einen sicheren Job. Wurst geht immer, sollte man meinen. Doch das Geschäft direkt neben dem bereits verrammelten „Weißen Lamm“ läuft nicht gut. Lautenschlägers Sohn habe inzwischen Bedenken, den Laden zu übernehmen. „Zu Allerheiligen wurden 46 Verstorbene vorgelesen“, brummt Lautenschläger senior, „30 davon waren gute Kunden von mir.“ Die jungen Leute gingen weg, nichts komme mehr nach: „Es gibt keine Hoffnung mehr.“

Die Großbäckerei zog mit ihren 70 Arbeitsplätzen schon in den Osten, andere folgten. Der Anreiz ist enorm: In Thüringen bekommen Unternehmen bis zu 50 Prozent ihrer Investitionen vom Staat geschenkt, in Bayern bisher maximal 28 Prozent. Die Löhne liegen zudem unter Westniveau. „Wenn hier jemand einen Haufen Steine abwerfen würde, dann fände sich im Ort sicherlich jemand, der die Mauer wieder aufbauen würde“, glaubt Bürgermeister Daum.

Das weithin sichtbare Symbol für den Niedergang Nordhalbens ist ein grünes Loch, in dem niedrige Tannen wachsen. Es liegt auf dem Gelände des Automobilzulieferers Polytec und wurde schon 1992 ausgehoben. Die Firma sollte erweitert werden, 300 neue Arbeitsplätze waren geplant. Gebaut wurde tatsächlich – aber nicht in Nordhalben. Die Halle steht nun

Panoramafoto des Gebiets zwischen Duderstadt und Teistungen

Blickrichtung Osten; rechts das hell erleuchtete Gewerbegebiet von Teistungen, links Duderstadt mit reduzierter Stadtbeleuchtung, dazwischen das Gebiet der ehemaligen innerdeutschen Grenze (am 18. April)

SVEN DOERING / VISUM

Saalburg-Ebersdorfer Hauptamtschef Groth: *„Wer verzichtet schon gern auf Zulagen?“*

15 Kilometer weiter in der neuen Boom-Region: im thüringischen Saalburg-Ebersdorf.

Karl-Heinz Groth sitzt entspannt an seinem Schreibtisch im hübsch sanierten Ebersdorfer Rathaus und muss erst mal zusammenzählen, wie sich der wirtschaftliche Aufschwung denn so verteilt im Ort. Der Hauptamtschef von Saalburg-Ebersdorf errechnet fix drei Gewerbegebiete mit insgesamt 81 Hektar Fläche. Mehr als 20 Firmen, darunter die Nordhalbener Polytec und einen der größten Holzverarbeiter Europas, lockte die kleine Ostkommune mit ihren knapp 4000 Einwohnern auf die Äcker am Ortsrand. 1500 neue Arbeitsplätze entstanden aus dem Nichts – wenn die Landschaft irgendwo blüht, dann hier. Seit 2000, so Groth, spült die Gewerbesteuer hohe Gewinne in die Gemeindekasse. Es sind die höchsten Einnahmen im gesamten Landkreis.

Die Pro-Kopf-Verschuldung schrumpfte innerhalb von drei Jahren um satte 600 Euro, sie ist jetzt nur noch halb so hoch wie in Nordhalben. Bagger legen gerade das Fundament für eine neue Umgehungsstraße, die Ortsansicht von Saalburg hat ihren herben Ostcharme längst verloren. Braucht es da wirklich noch Millionen aus der Ostförderung? Groth bläst die Backen auf und quält ein „Na ja“ hervor. „Wer verzichtet schon gern auf Zulagen?“

Den besten Blick auf diesen Glücksfall der Deutschen Einheit hat Reinhard Köchel. Der Mann mit dem Vollbart und dem unüberhörbar fränkischen Dialekt betreibt hoch oben das Hotel Fürstenhöhe, das früher „Karl-Marx-Höhe“ hieß und ein SED-Bezirksferienheim war. Köchel stammt aus Nordhalben. Sein Vater betrieb dort ein Geschäft für Fernseh- und Radiobedarf, das inzwischen natürlich auch geschlossen ist. Köchel junior wurde Unternehmer im Osten, weil es im bayerischen Heimatort einfach nichts mehr zu unternehmen gab. Er kaufte erst die Schifffahrtslinie auf dem Saalestausee, dann das Hotel. Er baute eine Sommerrodelbahn, investierte Millionen. „Es ist doch klar, dass die Unternehmen in den Osten gehen“, sinniert Köchel. „Hier haben die doch zum Teil pro Mitarbeiter eine Million Euro an Fördermitteln ausgeschüttet.“

Die Folgen der Geldschwemme im Osten sind für den ehemaligen Zonenrand im Westen verheerend. Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung Hannover und das Institut für Regionalforschung an der Uni Göttingen haben schon vor Jahren vor den Folgen gewarnt. Bereits 1998 seien die meisten Jobs im niedersächsischen Grenzgebiet, die der Mauerfall zunächst brachte, wieder weggebrochen. Das Pro-Kopf-Einkommen erreichte nie mehr normales Westniveau, und der Wegfall der Zonenrandförderung legte plötzlich eine ganze Region trocken.

Helmstedt etwa verlor allein in den ersten zehn Jahren nach der Einheit mehr als 700 Industriearbeitsplätze, in Uelzen gingen öffentliche Aufträge fast vollständig an ostdeutsche Unternehmen, weil sie mit ihren niedrigen Löhnen die besten Angebote unterbreiteten. Und für Duderstadt registrierten die Wissenschaftler gar eine einigungsbedingte „prekäre wirtschaftliche Schieflage“.

Duderstadts Bürgermeister Wolfgang Nolte ist zwar ein erklärter Fan der deutschen Einheit. Doch die Entwicklung Duderstadts seit 1990 gibt keinen Anlass zur Euphorie. 1000 bis 1500 Arbeitsplätze verschwanden in Duderstadt, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer haben sich zeitweise halbiert, der Verwaltungshaushalt der Stadt kann seit 1994 nicht mehr ausgeglichen werden – aktuell fehlen 16 Millionen Euro.

„Knüppelhart“ musste Nolte streichen. Der CDU-Mann selbst sitzt auf einem mehr als 30 Jahre alten Bürosessel, der Konferenztisch war bei einer Landesgartenschau übrig. Die Personalkosten reduzierte Nolte um 2,5 Millionen Euro, die Lehrschwimmhalle wurde ebenso geschlossen wie der städtische Schlachthof, das Schützenhaus hat die Kommune verkauft.

Lethargie macht sich im Fachwerkstädtchen breit. Der Betreiber des Eiscafés in der Marktstraße erinnert sich wehmütig an die Zeiten vor dem Mauerfall: Da kamen wenigstens sechs Busse am Tag mit Touris-

SVEN DOERING / VISUM

UMFRAGE: OSTFÖRDERUNG

„17 Jahre nach der Wiedervereinigung geht es manchen Regionen in den neuen Bundesländern besser als strukturschwachen Westgebieten. Begrüßen Sie den Vorschlag von Wirtschaftsminister Michael Glos, wirtschaftlich schwache Gebiete zu fördern, egal ob in Ost oder West?“

		WEST	OST
JA	88 %	92	71
NEIN	10 %	7	24

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 11. und 12. April; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

ten, die den Eisernen Vorhang sehen wollten. „Das sind hier die Orte, die man sonst nur auf dem Friedhof findet“, maulen die Jugendlichen in der Fußgängerzone. Nach 22 Uhr wird aus Kostengründen jede zweite Laterne abgedreht.

Das ist in etwa die Zeit, zu der im benachbarten Teistungen der letzte Gast die Rutsche im hell erleuchteten Spaßbad hinabgleitet. Nebenan steht das Vier-Sterne-Hotel, die Kulturhalle und ein Tiergehege. Leicht erhöht liegen die beiden Fußballplätze des Bezirksligisten FC Wacker 1914 Teistungen. Bei schlechtem Wetter wird hier selbstverständlich auf Kunstrasen gekickt, den sechs Flutlichtmasten perfekt ausleuchten. Hier hat schon die Mannschaft aus dem Emirat Katar gegen den Ball getreten, VfL Wolfsburg und Eintracht Frankfurt trainierten hier.

Gerade 2500 Einwohner zählt das Dorf im einstigen Sperrgebiet, in dem es vor der Wende nichts gab außer einer LPG mit 6000 Hektar Ackerland. Jetzt kommen sie aus dem Westen, um hier Häuser zu bauen, um zu arbeiten. Stolz gleitet Ortsteilbürgermeister Horst Dornieden im schwarzen Dienst-Passat über die glatten Straßen der Gemeinde: „Vor drei Jahren war hier überall noch Kopfsteinpflaster. Haben wir alles neu gemacht.“

Auf dem Gelände der LPG liegt jetzt ein Gewerbegebiet mit 350 Arbeitsplätzen. In der Nachbarschaft das zweite – wieder 250 Jobs. Ein drittes ist in Planung. Im Hotel arbeiten 75 Leute, im Ziegelwerk 130: Teistungen hat mehr Arbeitsplätze im Angebot als arbeitsfähige Menschen im Ort.

Nicht wenige Firmen sind aus dem Westen über die inzwischen grüne Grenze geflüchtet, manche aus Duderstadt. Etwa die Firma Technogel, die zur Otto Bock Kunststoff Holding in Duderstadt gehört. Bock ist der größte Arbeitgeber im Westteil, doch die neue Kunststoffsparte wächst nun nahe Teistungen. In Duderstadt fehle es an qualifizierten Facharbeitern, meint Kunststoff-Geschäftsführer Jürgen Henze. Wobei schon auch die höhere Förderung eine Rolle gespielt habe. „Wir denken natürlich global, die Grenze gibt es ja nicht mehr. Das sehen wir ganz easy.“

Ostbürgermeister Dornieden sowieso. Wenn das Handy klingelt, ertönt Grönemeyers WM-Hymne „Zeit, dass sich was dreht“. Und in Teistungen dreht es sich so heftig, dass einem schwindlig wird. Die Einnahmen der Kommune sind nach oben geschnellt. 450 000 Euro Gewerbesteuern überweisen die Unternehmen dem Gemeindehaushalt – die Pro-Kopf-Verschuldung liegt nur noch bei 800 Euro. Bald wird der Ort schuldenfrei sein.

Ist es nun also genug mit der Sonderförderung? Horst Dornieden wiegt bedächtig das Haupt und hat einen rettenden Einfall. Also bei der Abwasserentsorgung, da müsste schon noch etwas investiert werden. STEFFEN WINTER

SACHSEN-ANHALT

Eigensinniger Senior

Deutschlands ältester Ministerpräsident, Wolfgang Böhmer, versucht, seine Nachfolge zu regeln – und ramponiert seine Partei.

JENS WOLF / DPA

Politiker Böhmer, Haseloff: *„Leben vor dem Tod“*

Wenn ihn das Fußvolk mal wieder nervt, erinnert Wolfgang Böhmer seine Christdemokraten gern an seinen Garten in Wittenberg. Ziemlich eindeutig brummelt der 71-Jährige dann, dass auch Rosenschneiden für ihn seine Reize habe: „Ich klebe nicht an meinem Stuhl. Es gibt ein Leben vor dem Tod, das angenehm gestaltet werden kann.“

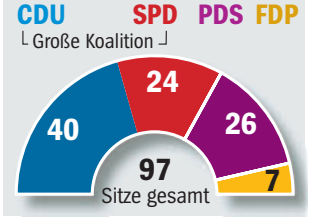
Vergangenen Mittwoch muss Böhmer wieder an seine Rosen gedacht – und dabei die Dornen vergessen haben. Überraschend erklärte er Wirtschaftsminister Reiner Haseloff, 53, zu seinem möglichen Nachfolger, ohne ein Datum für den Stabwechsel in Aussicht zu stellen. Wenige Tage vor der Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt am vergangenen Sonntag machte sich der erst vor einem Jahr wiedergewählte Regierungschef so zur „Lame Duck“ – und stürzt die CDU in eine Debatte über das Ende ihres Frontmannes. Eine geordnete Amtsübergabe scheint fraglich. CDU-Landeschef Thomas Webel knurrte, die Diskussion komme zur Unzeit: „Alle Erfolge der Union verpuffen so.“ Der überraschte Kronprinz Haseloff versicherte pflichtgemäß, noch „viele Jahre unter Ministerpräsident Böhmer dienen“ zu wollen. Und der SPD-Koalitionspartner erinnerte an den Umstand, dass ein neuer Ministerpräsident nur mit den Stimmen der SPD gewählt werden könne.

Längst wird hinter den Kulissen über die Politik Böhmers gestritten. Nach der Wahl 2006 störten sich CDU-Leute am ruppigen Stil des eigensinnigen Seniors, der die Fraktion wenig einbindet und gern düpiert: „Ich habe als Ministerpräsident einen Eid auf die Verfassung geschworen, nicht auf das Parteibuch.“ Von seinen Leuten lässt er sich wenig sagen: „Solange mir keiner widerspricht, dauern die Gespräche meist nicht lange.“

So werden Sachthemen zu Schlachten, bei denen es plötzlich ums Ganze geht. Als die Große Koalition über das Thema Einheitsgemeinden debattierte, bekam Böhmer die erste Rücktrittsforderung aus der eigenen CDU-Fraktion.

Der Zwist in der Partei kommt nicht gut an im Land. In aktuellen Umfragen verliert sie – die SPD legt zu. Insgeheim wünscht sich mancher Christdemokrat einen schnellen Amtsverzicht Böhmers, doch steht die Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Zur Wahl 2006 hatte die Union noch auf einem gigantischen Plakat in der Magdeburger Innenstadt mit Böhmer geworben. Textzeile: „Der Garant“. Immer wieder hatte dieser betont, er werde bis 2011 durchziehen.

Dabei wäre für Haseloff ein früher Wechsel hilfreich – denn der Mann ist im Lande recht unbekannt. Kommt Amtsinhaber Böhmer auf einen Bekanntheitsgrad von 92 Prozent, liegt sein Wirtschaftsminister bei nur 47 Prozent.

Parteiintern ist der Physiker Haseloff erste Wahl. Bei der Abstimmung zum stellvertretenden CDU-Landeschef fuhr der Pragmatiker 95,8 Prozent ein. Und Haseloff konnte bundespolitisch punkten. Sein Modell der „Bürgerarbeit“, bei dem Langzeitarbeitslose gemeinnützig bei Vereinen und sozialen Einrichtungen arbeiten, soll bundesweit ausgedehnt werden, nachdem sich die Zahl der Arbeitslosen bei Tests in Sachsen-Anhalt fast halbiert hatte. Rosenliebhaber Böhmer wird Haseloffs Werk demnächst im Bundestag vorstellen. STEFFEN WINTER

Sitzverteilung im Landtag von Sachsen-Anhalt